



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/224 - 4.10.1954

Vorsicht im Umgang mit großen Worten :

sp - Am Dienstag wird der Bundeskanzler im Bundestag seine Auffassung über den Wert des Ergebnisses der Londoner Konferenz mitteilen. Schon seine bekanntgewordenen ersten Andeutungen lassen die Tendenz, in der das geschehen wird, deutlich erkennen: äußerste Genugtuung darüber, dass so unerwartet schnell ein Ersatz für die EWG zumindest in den Grundzügen gefunden werden konnte.

Dass die Londoner Abmachungen, so wie sich ihr Bild bisher darbietet, im Vergleich mit der EWG ein Fortschritt sind, ist ziemlich sicher, obwohl noch manches bedenklich und vieles offen ist. Darauf soll nicht näher eingegangen werden, ehe nicht die Darstellung des Bundeskanzlers vorliegt. Unser Wunsch ist in diesem Zusammenhang zunächst nur, man möge sich vor jedem Überschwang und vor jeder neu vorgetragenen Europa-Schwärmerie hüten. Die Methode, politische Vorentscheidungen - und um mehr handelt es sich auch hier nicht - immer nur unter Verwendung von Superlativen zu bewerten, ist durch die Tatsachen allzu gründlich diskreditiert worden. Welch ein Aufwand an kühnsten Prophezeiungen, unbegründeter Selbstgefälligkeit oder auch falscher oder entstellender Berichterstattung ist z.B. nicht in der Vergangenheit bei der Behandlung der EWG und ihrer Verwirklichung, in den Fragen einer bundesrepublikanischen Souveränität und einer angeblich immer wieder unmittelbar bevorstehenden, alle Teile befriedigenden Saarlösung getrieben worden!

Wie oft und nachdrücklich hat man uns auch versichert: Die Rettung Europas liege einzig und allein von der EWG ab, es gäbe gar keine Alternative, um dann selbst triumphierende Genugtuung über ein in vier Wochen erreichtes Ergebnis zu äußern, das es nach den früheren Versicherungen der gleichen Leute eigentlich doch gar nicht geben darf ... Man soll doch auch nicht vergessen, dass Adenauer nicht die Londoner Abmachungen, sondern die EWG wünschte, dass es zu London aus der Weigerung Frankreichs kam, das untaugliche Integrationsprinzip zu praktizieren, und dass es zu dem schnellen Ergebnis in London vor allem durch die Geschmeidigkeit und Großzügigkeit der britischen Politik kam.

Die Glaubwürdigkeit jeder Art billiger politischer Propaganda hat sich selbst weitestgehend entwertet. Deshalb ist Vorsicht im Umgang mit großen Worten dringend geboten. Wie sehr, das zeigt die Äußerung eines der eifrigsten Verkünder des Ruhmes Dr. Adenauers, dass die Londoner Abmachungen "zunächst keinen absoluten Wert" darstellen, und dass sich nun erst recht und "viel leidenschaftlicher als bisher" die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung stelle.

+ + +

- 2 -

Das Mysterium der amerikanischen Siebten Flotte

H.S. New York, Anfang Oktober

Seit dem Sommer schweigen in Französisch-Indochina die Waffen, und überall auf der Welt wird mit erleichtertem Aufatmen verkündet, dass nunmehr zum ersten Male seit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges vor 15 Jahren wirklich auf der ganzen Welt Frieden, oder wenigstens Waffenruhe, herrsche. Kaum aber hatte man begonnen, sich an dieser neuen Lage zu erfreuen, als vor der Küste des chinesischen Festlandes, rund um die Inselchen Amoy und Quemoy und Tachen herum, erneut Feindseligkeiten ausbrachen, wenn auch nur sporadisch und in bescheidenem Umfang. Niemand wird ernstlich behaupten wollen, dass um die politischen Kontrollrechte so eines winzigen Inselchen ein regulärer Krieg oder gar ein Weltkrieg ausbrechen kann; aber die Kannonaden von Insel zu Insel in der chinesischen See erinnern uns immerhin daran, dass die Waffenruhe im Fernen Osten nach wie vor auf überaus schwachen Füßen steht, dass Ostasien definitiv die Rolle des ewigen Pulverfasses der Weltgeschichte eingenommen hat, die früher einmal vom Balkan und von Vorderasien gespielt wurde, und dass zur Sicherung des Friedens im asiatisch-pazifischen Raum mehr gehört als nur ein neuer Sicherheitspakt, wie er soeben in Manila unterzeichnet worden ist.

Unbestreitbare Verbesserungen

Nun soll man die Bedeutung dieses Paktes von Manila nicht bagatelisieren. Jedes Bündnissystem, das exponierte und Aggressionen ausgesetzte Länder durch die bewährte Methode der kollektiven Verteidigung schützt, ist zweifellos erfreulich; und hinzu kommt, dass man in Ostasien bisher nur zweiseitige Bündnisabkommen gehabt hat, z.B. zwischen den USA und den Philippinen, denen gegenüber eine einheitliche Front von nicht weniger als acht Staaten eine unbestreitbare Verbesserung darstellt. Erfreulich ist ferner, dass in Manila "Weisse" und "Gelbe" gemeinsam am Verhandlungstisch saßen und das Abkommen "weisse" Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland mit asiatischen Ländern wie den Philippinen, Siam und Pakistan zusammenschließt. Endlich muß man es begrüßen, dass der Pakt von Manila die Abwehr gegen den Kommunismus nicht nur in rein militärischen Formen ins Auge fasst, sondern auch neue Kanäle der ökonomischen Zusammenarbeit und sozialen Verbesserungen schafft, die auf lange Sicht ein besseres Bollwerk gegen kommunistische Wühlarbeit sein dürften als bewaffnete Divisionen und Flottengeschwader.

Die Schattenseiten

Das sind zweifellos alles willkommene Neuerungen, - aber darüber hinaus steckt der Chronist, denn auch die Schwächen des neuen Paktsystems sind offenkundig. Erstens ist die asiatische Repräsentation in dem Pakt nicht sehr eindrucksvoll. Der neutralistische Block Asiens - Indien, Burma, Indonesien und Ceylon - hat den Pakt von Manila verurteilt, wenn es auch aussieht, als ob Ceylon seine Meinung eines Tages ändern mag. Tschiang-Kai-Scheks Formosaregierung und Syngman Rhee's Südkorea wurden auf allgemeinen Wunsch nicht in das Paktsystem einbezogen, da sie für dieses eine schwere Belastung dargestellt hätten; und die Zukunft der

drei kleinen indochinesischen Staaten Cambodscha, Laos und Süd-Vietnam ist so ungewiss, dass man sich von dieser Seite keine beachtliche Verstärkung der Manila-Front versprechen kann. Es bleibt endlich Japan, dessen Isolierung in Asien langsam zu weichen beginnt, - aber niemand weiß, ob Japan über die Bereitschaft zur Sicherung seines eigenen Landes hinausgehen und sein Gewicht in die Waagschale von Manila zu werfen bereit sein wird.

Eine zweite Schwäche des Manilapaktes ist, dass er nicht, wie NATO in Europa, einen kraftvollen Schutzapparat gegen Friedensbrecher aufbaut, sondern sich mehr in traditionellen Rahmen lockerer Allianzen hält, deren effektive Stärke schwer im Voraus abzuschätzen ist. Und endlich muß man sich fragen, ob es der Weisheit letzter Schluß war, eine Klausel gegen "kommunistische Infiltrierung" in den Vertrag aufzunehmen; zwar ist es richtig, dass die kommunistische Gefahr nicht nur in offenem Angriff, sondern mindestens in gleichem Maße in der stillen Unterwühlung und Unterminierung freier Regierungen besteht; aber es ist schwer erkennbar, wann eine solche Infiltrierung die bewaffnete Assistenz anderer, verbündeter, Staaten rechtfertigt.

Immerhin ist mit dem Fakt von Manila ein Anfang gemacht, und die Allianz mag im Laufe der Zeit allmählich erstarken, - wenn man ihr genügend Zeit dafür lässt. Die Unruhen in der Meerenge von Formosa freilich, auch wenn sie von dem Abkommen nicht mit erfasst werden, lassen wenig solchen Optimismus zu, schon wegen der Polizeifunktion, die die Vereinigten Staaten dort übernommen haben.

Peking bleibt im Ungewissen

Vor mehr als vier Jahren wurde die amerikanische Siebente Flotte von Präsident Truman vor Formosa gelegt, um zu verhindern, dass der gerade ausgebrochene Koreakrieg sich in einen regulären Weltkrieg ausweitete, - was zu erwarten war, wenn über Formosa ein "Nebenkriegsschauplatz" ausbrechen würde. Die Siebente Flotte hat ihre Aufgabe erfüllt, wird aber immer noch im südwestlichen Pazifik, mit Manila als Stützpunkt, gehalten, - hauptsächlich um dem amerikanischen Schutzversprechen für Tschiang-Kai Schek Nachdruck zu verleihen. Diese amerikanische Flotteinheit, von Vizeadmiral Pride befehligt, ist kürzlich um Schiffseinheiten der benachbarten amerikanischen "Pazifik-Flotte" verstärkt worden, freilich nur für vorübergehende Manöver, aber selbstverständlich können diese verstärkenden Einheiten jederzeit wieder zurückgerufen werden.

Nun ist aber zweifelhaft, welches eigentlich die Aufgaben dieser amerikanischen Seestreitmacht sind. Die amerikanische Bündnispflicht für Tschiang-Kai Schek erstreckt sich, unbestritten, auf Formosa; aber schließt sie auch die kleineren Inselchen unter Formosas Kontrolle ein, auch die, die ganz dicht vor der Küste des Festlandes liegen? Darüber bestehen Zweifel. Das amerikanische Kabinett hat vor kurzem in einer eilig einberufenen Sondersitzung diese Frage beantwortet, - aber den Entscheid geheimgelassen, um Mao-Tse-Tungs Regierung in Peking im Ungewissen zu lassen. Wenig Amerikaner dürften von der Aussicht erbaut sein, für Quemoy und Tachen in den Krieg zu ziehen; aber anscheinend glaubt man in Washington, dass schon die bloße Drohung einer Intervention der Siebten Flotte Peking von militärischen Abenteuern zur See abhalten sollte. Bisher war diese Spekulation richtig; ob sie aber noch lange gelten wird, und ob nicht eines Tages die Meerenge von Formosa asiatisches Krisenzentrum Nr. Eins werden wird, mit ernsthaften Kriegsgefahren für die ganze Umwelt, lässt sich heute nicht voraussagen.

Machtpolitische Wünsche zum niedersächsischen Wahlgesetz

hi.- Der Beratungspunkt, der die am 6. Oktober beginnende 33. Sitzungsperiode des niedersächsischen Landtags überschatten wird, steht nicht auf der Tagesordnung. Er wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst in der Novembersitzung beraten werden, das niedersächsische Landeswahlgesetz nämlich. Dieses Gesetz sollte eigentlich nach siebeneinhalb Jahren nur erneut zur Sprache kommen, weil einige nebensächliche technische Bestimmungen korrigiert werden müssen. Die Behandlung im Landtag wird aber von den Oppositionsparteien, DP, CDU, FDP zum Anlass genommen werden, den Versuch zu machen, das niedersächsische Wahlrecht als Ganzes umzugestalten.

Mannigfache Änderungswünsche werden dann diskutiert werden müssen. Da ist zunächst das Verlangen von DP und CDU, eine 5-Prozentklausel einzuführen. Der Beweggrund dafür ist nur allzu leicht verständlich. Die deutsche Partei möchte auf diese Weise die ihr lästige Konkurrenz der neubegründeten, rein welfisch orientierten deutsch-hannoverschen Partei und der ebenfalls neuauftretenden Landvolk-Partei des mehrfach von Fraktion zu Fraktion übergewechselten Abgeordneten Buechler ausschalten, die beide zu einer Aufsplitterung der DP-Wähler führen würden. Die CDU hofft dagegen, sich auf eine billige Art die bisherigen Zentrums wähler holen zu können. Welche Stellung der BHE in dieser Frage beziehen wird, ist noch nicht ganz ersichtlich. Es wäre jedoch - wenn auch vielleicht für ihn eine typische so doch - eine groteske Widersprüchlichkeit, wenn er in Niedersachsen für eine 5-Prozentklausel eintreten würde, nachdem ihm in Nordrhein-Westfalen diese Bestimmung gegen lauteste Proteste die parlamentarische Vertretung gekostet hat.

Weiterhin wollen CDU und DP die Vorschrift gestrichen wissen, dass die sich zur Wahl stellenden Parteien in allen Wahlkreisen zu kandidieren haben. Auch hier ist das Motiv allzu durchsichtig, als dass irgendwelche demokratischen Überlegungen dafür vorgebracht werden könnten. Der Fortfall dieser Bestimmung würde ihnen Wahlabsprachen erleichtern. Dieser Paragraph 13,4 hatte sie vor vier Jahren in das Prokrustes-Bett der Niederdeutschen Union (NU) gezwungen, damals in der Verteilung zwei Drittel für die DP, ein Drittel für die CDU. Eine erneute Verbindung würde nun durch die gewachsenen Ansprüche der CDU zu rechnerischen Schwierigkeiten führen. Die internen Spannungen, die in den Parteiblättern deutlich zum Ausdruck kommen, werden zur Zeit nur mühsam durch

finanzielle und wahlarithmetische Spekulationen überdeckt. (Das Zentrum hat zwar erklärt, überall selbständig kandidieren zu wollen, was jedoch kaum mehr als den taktischen Versuch bedeuten dürfte, sich etwas teurer an die CDU zu verkaufen).

Die FDP will das Verhältnis von Direktmandaten und Landeslisten, jetzt 95 : 60, abgeändert wissen auf 75 : 75. Das käme einer Änderung der Wahlkreiseinteilung gleich, die kaum vor dem Erlass eines Bundeswahlgesetzes sinnvoll durchgeführt werden kann. Sie hofft, auf einen Wählergewinn in protestantischen Kreisen durch ihre Bejahung des kürzlich verabschiedeten Schulgesetzes, ganz abgesehen davon, dass die mehr oder minder nationalistisch eingestellten Nachwuchskräfte in ihr einen Alleingang bei reinem Verhältniswahlrecht vor jeder Listenverbindung bevorzugen.

Die SPD und ihr zur Zeit in Amerika weilender Ministerpräsident Kopf sind zwar zu Konzessionen bereit, besonders in der Frage der jetzt auf den Landeslisten nicht abzurechnenden mehrerrungenen Direktmandate, meinen aber im übrigen, dass man den Wählern nicht kurz vor einer Wahl ein neues Wahlrecht zumuten sollte, nur weil das alte nicht mehr dem augenblicklichen Geschmack einiger Parteien passt.

+ + +

Volksmonarch gesucht

B.St. Wir wollen wieder unseren Kaiser haben: Blaublütige Persönlichkeit, repräsentative, vollbärtige Erscheinung, möglichst mit Erfahrung im Säbelrasseln zwecks späterer Verwendung als Volksmonarch in einem vorläufig noch republikanischen westeuropäischen Land gesucht. Bewerber, die das 75. Lebensjahr bereits überschritten haben und nicht aus den Häusern Habsburg, Hohenzollern oder Wittelsbach stammen, werden bevorzugt.

So oder ähnlich würde vielleicht das Inserat aufgemacht sein, das die MPD aufgabte, sofern sie sich ihren altertümlich anmutenden "Volkskaiser" auf dem modernen Weg über eine Zeitungsannonce beschaffen wollte. MPD?? Das ist die Monarchistische Partei Deutschlands, ein neuer Stern am westdeutschen Parteienhimmel. Ob dieses zunächst zweifel

los nur mit geringer Leucht- und Anziehungskraft ausgestattete Gestirn künftig die Tendenz des Aufstiegs - wie sein Schöpfer, oder soll man sagen sein Wiederentdecker, der 78-jährige Dr. Leuchtgens (Friedberg) sicherlich hofft - oder die des Unterganges zeigen wird, wie es die Gegner jeder Art von Restaurationsbestrebungen wünschen, hängt von der Schärfe der Augen seiner bundesdeutschen Betrachter ab.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass die zur richtigen Bewertung der Monarchistischen Partei Deutschlands notwendige Sehschärfe bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung noch vorhanden ist, und dass diese sich deshalb von der "ordnenden Macht der Monarchie", die auch heute wieder ihre "alte Zauberkraft" ausübe, wie es in den Parteileitsätzen der MPD heißt, nicht bezaubern lässt.

Dass sich diese dem Gründungstermin nach jüngste, ihrem politischen Willen nach darum umso tiefer in unwiederbringlich vergangenen Zeiten wurzelnde westdeutsche Partei ausgerechnet eines der fortschrittlichsten Länder der Bundesrepublik, nämlich das sozialdemokratisch regierte Hessen als Startbahn ausgesucht hat, spricht wohl kaum für das politische Urteilsvermögen ihrer verantwortlichen Männer. Es könnte leicht sein, dass der MPD bei den hessischen Landtagswahlen am 28. November, zu denen sie ihre ersten Kandidaten aufzustellen gedankt, eine Abfuhr erteilt wird, die ihr jegliche Lust nimmt, die westdeutsche Bevölkerung noch weiterhin für ein "Volkskaisertum" zu begeistern, bei dem der erste Träger der Krone vom Volk bestimmt werden soll, während uns die späteren "Deutschen Kaiser" durch Erbnachfolge geschenkt werden sollen.

Übrigens, was wird Herr Universitätsprofessor Schoeps, der beredte Fürsprecher einer Wiederintronisierung der Hohenzollern dazu sagen, dass die MPD anscheinend weder einen Angehörigen des Hauses Hohenzollern noch einen Habsburger für geeignet hält, das Zepter eines künftigen westdeutschen (oder großdeutschen?) Volksmonarchen zu schwingen?

+ +
-----+-----
Verantwortlich: Peter Raunau